

Berliner Tageblatt

Nr. 52

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Verleger: Dr. E. Schönlank in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Möller in Berlin.

Die englische Anerkennung Rußlands.

Der „erste Schritt“.

„Vor langen und schwierigen Verhandlungen“ in der Schuldenfrage. — Zustimmung in England, heftige Kritik in Frankreich. (Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 2. Februar.

MacDonald hat die Kontroverse über die Sowjetrepublik bedingungslos über eine nach vorläufiger Regelung der gegenseitigen finanziellen Ansprüche anerkannt werden sollte, beendigt, indem er gestern die Anerkennung Rußlands vollzogen hat. Man konnte bereits vorher in hiesigen offiziellen Kreisen hören, daß die Anerkennung noch vor dem Zusammentritt des Parlamentes erfolgen könne, doch rechnete man noch nicht mit einem so schnellen Vorgehen.

Die Haltung der Morgenblätter zeigt, daß man sich auch in sozialfeindlichen Kreisen im großen und ganzen mit der Anerkennung abgefunden hat. Ganzlos absehend verhält sich nur die „Morning Post“. Sie sagt, daß MacDonald einen schweren Fehler begangen habe. Die liberalen Blätter sind mit der Anerkennung durchaus einverstanden, und das Arbeiterblatt „Daily Worker“ schreibt, daß die Anerkennung ein Triumph für die internationale Arbeiterschaft sei. In übrigen bemerkten die Blätter, daß die Anerkennung in Wirklichkeit nicht so bedingungslos sei, als es nach außen hin scheine. Der ganze Vertrag, schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, bedeutet nichts, wenn Rußland feinerseits nicht die Ansprüche der englischen Regierung und der englischen Staatsangehörigen befriedigt. Denn sonst würde der Vertrag eine bloße Formel bleiben und der Sowjetregierung weder wirtschaftlich noch finanziell nützen. Die englische Note geht in ihrer vorläufigen Fassung die Hand des Berufsbildners. Die Anerkennung Rußlands bedeute unter diesen Umständen nicht mehr als die **Aufhebung langer und schwieriger Verhandlungen**.

In diesem Zusammenhang dürfte man nicht übersehen, daß die Note nicht von Außenpolitikern, sondern nur von Geschäftsträgern spricht. Ähnliches werde die Erneuerung von Verträgen erst erfolgen, wenn die fraglichen Verträge abgeschlossen seien. Nach der „Times“ ist die Note „eines der seltensten Dokumente, das jemals das Foreign Office verlassen hat“. Sie stelle ein Kompromiß zwischen den Verpflichtungen der Arbeiterschaft und ihrer heutigen Regierungsgewalt dar. Der Kern der neuen Regelung sei, daß die Sowjetregierung die Jura anerkennt und, daß aber die fremdbürgerlichen Beziehungen doch noch nicht ganz wiederhergestellt seien. Das Wort wiederholt seine alte Behauptung, daß der Augenblick der Anerkennung noch nicht gekommen sei. Denn heute noch dem Tode Veritas könne niemand voraussehen, was sich morgen in Rußland ereignen werde. Schließlich hat MacDonald Geld weit wichtiger als die Anerkennung, und da es sich um Geld nicht erhehlen läßt, so sei eine langwierige Verhandlung, welche zu erwarten, während der sich vielleicht viel in England ebenso wie in Rußland ereignen könne. Nach dem konservativen „Daily Express“ hat MacDonald „Lug und Heuchelei“ in sich eingeschlossen. England sei in seiner Seele gesunken, und seine Selbstinteressen seien nicht bedroht. Wenn Rußland den vollen Nutzen der Anerkennung haben wolle, so müsse es jetzt bereit sein, einen **neuen Vertrag über die Schuldenfrage** abzuschließen. Zu-

lammensabhängig kann somit gesagt werden, daß die Anerkennung nur als ein erster Schritt betrachtet wird, der nur dann zu einem Erfolg führen könnte, wenn die russische Regierung in der Schuldenfrage keine Schwierigkeiten bereite.

Paris, 2. Februar.

Die offizielle Anerkennung der Sowjetrepublik durch England und die gleichzeitig veröffentlichte Mitteilung, daß auch Italien mit Rußland wieder diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen aufnehmen würde, sind in Paris mit großer Freude kommentiert. Die meisten Zeitungen geben zu, daß der moralische und materielle Erfolg für Rußland groß ist, bezweifeln aber jeden Vorteil für England. Da dieser Befangung mit den gleichen Einzelheiten in einem halben Dutzend größerer Blätter zu finden ist, die gewöhnlich am Tag vorläufig informiert werden, darf man voraussetzen, daß es nicht die offizielle Auffassung der französischen Regierung sei, daß es nicht die Absicht der Bundesgenossen im Besonderen, sondern die Absicht der französischen Regierung sei, sich mit anderen Staaten zu kritieren, falls diese Entschlüsse nicht französische Interessen beeinträchtigen. Diese Frage sei besonders delikat, weil es sich um Rußland handelt. Eigentlich müßte die Welt Bedenken haben, eine Regierung anzuerkennen, die mit einem feindsüchtigen und verwerflichen Weltregieren begonnen habe. („Gaulois“) Aber es konnte nicht bestritten werden, daß Europa nicht für die Wichtigkeit auf eine Verbindung mit Rußland verzichten dürfe. Das Vorgehen Englands, dem sich Italien bald anschließen werde, könne „interessante Ausblicke“ geben. Es sei aber nicht gewiß, daß die Hoffnungen auf eine Verbindung mit Rußland sich erfüllen werden, denn bisher hätten alle Experimente dieser Art enttäuscht. Als Beispiel wurde Deutschland angeführt, das nach dem Abschluß des Vertrages von Rapallo große Hoffnungen auf die Beziehungen zu Rußland gesetzt, um nicht einsehen zu müssen, daß die Realität sehr anders sei. („Gaulois de Paris“) Der Vertrag, der unter den vielen zwischen deutschen und russischen zentralen abgehandelten Vermählungen als der vorteilhaftigsten gehalten habe, sei die von Otto Wolff hergestellte Verbindung, die nach den letzten Mitteilungen ausgedehnt sei. „Das Beispiel ist also nicht ermutigend“, behauptet Berling, „Rußland werde sich nicht erlauben, wenn es auf die Dankbarkeit Rußlands rechnet. Für Frankreich geht es deshalb nur um eine Politik, die Politik des Schwertes.“

Diese „Vorrichttheorie“ wird weder von den Zeitungen der internationalen Richtung, noch von der Opposition anerkannt. Der „Gaulois“ nennt den Entschluß Englands „den Lauf zum Ungewissen“ gepfeift und vor der Gefahr „politischer Sprengverhältnisse“ gewarnt. Die Aufhebung der Exposition läßt sich durch drei Worte ausdrücken: So liebt Frankreich, wenn England und Italien diplomatische Vertreter nach Moskau schicken, fänden sie dort bereits den Großen Vordostoff-Rangau vor. Frankreich dürfe sich nicht illudieren, wenn wichtige Entscheidungen für die Zukunft getroffen würden. Es sei bereits illudieren, die Verbindung mit Rußland ohne feste Beziehungen, die Vorbedingungen zu diesem von Herrin und seinen Freunden längst empfohlenen Entschluß die Verhandlung mit der neuen englischen Regierung. Die „Humanité“, die an dieser Entscheidung am meisten interessiert ist, begründet das „geschichtliche Ereignis“ als den Friedensschluß zwischen einer der Siegermächte und der Revolution.

Die Erklärung MacDonaldis.

Rußland, England und Frankreich.

von [Nachdruck verboten.]

Maximilian Müller-Jabusch.

Einen seiner wesentlichsten außenpolitischen Programmpunkte hat MacDonald bereit, alsbald in Wirklichkeit umzusetzen, die staatliche Anerkennung der Sowjetrepublik. Er kann es, weil diese Tat am wenigsten Berücksichtigung der Bundesgenossen verlangt, die in der russischen Frage nach ihren eigenen Weg gegangen sind. Die Anerkennung selbst ist Tatsache, der englische Geschäftsträger in Moskau ist ernannt, es stehen allerdings noch schwierige Verhandlungen bevor, die die Ansprüche der englischen Regierung und der englischen Privatpersonen an Rußland betreffen und die sich noch lange hinziehen dürften, auch wenn Rußland zu Entschlossenheiten bereit ist. Jedemfalls weiß aber England, daß auch wenn Rußland bereit ist, seine Schulden zu bezahlen, zunächst auf Gelder nicht zu rechnen ist, daß vielmehr die Ansprüche weiter und sehr großer Kredite notwendig sein wird.

Der jetzige Entschluß bedeutet, daß das Werk am richtigen Ende angeknüpft worden ist. Jedemfalls erreicht England mit diesem Entschluß zunächst einmal einen bedeutsamen Vortritt vor Frankreich, dessen Politik auch in dieser Frage von Empfindungen und Leidenschaft getrieben ist, die freilich ganz anderer Art sind als die der angelsächsischen Welt.

Die russischen Schulden an Frankreich betragen mehr als sechshundert Millionen Francs. Diese Schulden hat die Sowjetregierung annulliert. Außerdem erhebt die französische Regierung noch weitgehende Schadenersatzansprüche für diejenigen Bürger, die durch die Nationalisationsmaßnahmen der russischen Regierung und auf andere Weise geschädigt worden sind. Frankreich hat das Kapital seiner Rentner lange Jahre hindurch nach Rußland geleitet — nicht ohne daß ein hubstörer Bruchteil für „Brest-Litovsk“ im Lande blieb —, und Rußland hat dafür den Weltkrieg militärisch vorbereitet, hat seine Schulden vergrößert und strategische Anlagen gebaut, bis zu welchen Grade die so geschaffene finanzielle Verfallung Rußlands ging, darüber besitzen die neuerdings erschienenen, Erinnerungen Schuldenlosen sehr interessante Belege. Darin, daß Frankreich auf dieses Geld nicht verzichten will, beruht im wesentlichen das russisch-französische Problem und daran ist bisher jede Verhandlung gescheitert. Die Frankreich aus politischen Gründen wohl erwünscht wäre.

Solange man sich über die tatsächliche Stärke der Sowjetrepublik nicht klar war, hat Frankreich geglaubt, dieses russische Geld zurückzugewinnen zu können, wenn es die westgardistischen Angriffe unterließ. Die tschechoslowakische Legionäre Koltschak, Denikin, Wrangel, sie alle konnten sich der recht lauffähigen Hilfe Frankreichs erfreuen, in dessen Lager auch die Führer der Emigranten saßen und sogar eine Zeitlang Kämpfungen spielten. Und nicht anders war es im politisch-russischen Feldzug, der letzten Endes Rußland im Rädervertrag zu beträchtlichen Entschädigungen zwang. Immerhin wußte die Emigration in Frankreich, daß auf diese Weise das erstrebte Ziel nicht zu erreichen war und die Periode der „Interventionen“ kam jetzt länger denn Jahresfrist als abgeklungen seien. Das heißt nicht, daß die Anhänger dieser Politik sich familiär befähigt hätten. Die Emigranten betreiben ihre Politik nach rote vor und schließlich neuerdings sogar großräumliche Pläne an. Aber die wirtschaftlich Denken haben doch eingesehen, daß man auf einem anderen Wege zu einer Verfallung kommen muß. Freilich diejenigen, die so denken, verfallen schon wieder in zwei Gruppen, die sich um zwei Banken herum kristallisiert haben. Die Gruppe des Credit Lyonnais vertritt die Ansicht, daß die Gruppe der Emigranten die Gruppe der Banque de Paris et des Pays-Bas scheint unter dem Verzicht nicht abgeneigt und legt mehr Wert auf die künftige industrielle Erleichterung Rußlands.

Das äußere Signal für die grundsätzliche Wandlung war die Rede des Yvonne Bürgermeisters und Deputierten Dreyfus nach dem Zustand im Jahre 1922. Eine zweite Gruppe leitete die Rede des Senates de M. de la Roche 1923 ein. Welche Politiker reisten als Privatpersonen, aber selbstverständlich im Interesse ihres Landes. Als eine Art Antwort kann man die vor einigen Monaten erfolgte Pariser Rede des Präsidenten der russischen Staatsbank, Scheinmann, ansehen. Inzwischen hatte auch die Londoner „Times“ (Anglo-Russische Co-operation Society), eine dem russischen Staat gebührende Gesellschaft englischer Rechts, in Paris eine Filiale unter der Leitung von Sobolev errichtet. Neben diesen mehr nach außen wirkenden Vorgängen ist dann tatsächlich eine politische russisch-französische Fühlungnahme erfolgt, Frankreich forderte zunächst die Anerkennung der Staatsschulden und die Entschädigung seiner Bürger. Rußland erklärte sich dazu bereit, aber nur unter der Voraussetzung der Vorzahlung der „Reziprosität“, d. h. daß Frankreich sich bereit erkläre, den durch die von ihm unterworfenen und verfallenen Interventionen verursachten Schäden zu ersetzen. Praktisch hätte das bedeutet, daß die Forderungen gegeneinander aufgerechnet wären und daß Frankreich es hätte übernehmen müssen, seinen Bürgern gegenüber die russischen Anteilsgeldern zu tragen. Das Resultat dieser Verhandlung war aber gleich Null. Schließlich hat nun Frankreich einen neuen Versuch gemacht. Es war bereit, in der Frage der russischen Schulden Kompromisse zu machen, wenn Rußland ihm in der erstrebten Auslieferung der interalliierten Schulden sekundieren würde. Die Frage der Entschädigung der Privatpersonen sollte durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden, dem neben einem Russen und einem Franzosen ein Bürger eines im Krieg neutralen Staates angehören sollte. Schließlich sollte sich

Vom Sterbelager Wilsons.

„Ich bin bereit“.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 1. Februar.

Der Zustand des früheren Präsidenten Wilson ist hoffnunglos. Als die Ärzte um 9 Uhr feststellten, daß der Kranke die Nacht überleben werde, jagte Wilson, den man über seinen Zustand unterrichtet hatte: „Ich bin bereit“.

Die Freilassung Griffiths.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 1. Februar.

Die Nachricht, daß die deutsche Regierung den in der Verdachtsliste verzeichneten Amerikaner Griffiths freigelassen habe, ist im ganzen Lande mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Griffith wird sofort nach Mexiko zurückgeführt. Man spricht davon, daß er die Rückfahrt auf dem Dampfer „Albert Balin“ ausführen und die prächtigen „Präsidentenabteile“ dieses Dampfers benützen werde. Die Angehörigen der amerikanischen Legion bereiten ihm einen heißen Empfang vor, und es gelang sich auch, daß die New-Yorker Stadtverwaltung an den empfangsfeierlichkeiten teilnehmen werde.

Die neue Einwanderungsbill in Amerika.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 1. Februar.

Im Senat in Washington haben sich heftige Kämpfe um das neue Einwanderungsgesetz entzündet. Die Gründe der Vorlage werden hier, vor, bis darauf ausgelegt, haben und Aufhe-

ben von der Einwanderung anzuschließen, daß die Jahresquoten der einzelnen Staaten erhöht werden und auch Deutschland ein größerer Prozentsatz als bisher bewilligt worden ist. Dieser Vorwurf ist falsch. Nach der neuen Vorlage sollen jedoch Staat zwei Prozent Einwanderer von dem Stamme seiner Sandstein in Amerika im Jahre 1900 bewilligt werden, während bisher drei Prozent nach dem Stamme von 1910 zugelassen wurden. Dadurch wird die jährliche Einwanderung von 370.000 auf 160.000 Kopie beschränkt werden. Von dem Ausfuß des Repräsentantenhauses ist in getrigger Abstimmung die neue Einwanderungsbill angenommen worden.

Die Petroleumaffäre.

Neue Enthüllungen.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 1. Februar.

Der Untersuchungsausschuß des Washingtoner Senats in der Petroleumangelegenheit hat gestern den Geheimagenten Edward Bohlen unter Eid vernommen. Dieser behauptet, daß die Teilnehmer an vier frühere Mitteilungen des Wilson-Kabinetts nach ihrem Abschneiden aus dem Amt Gehälter bezahlte hätten. Der ehemalige Schatzminister MacDoo, Wilsons Schwiegersohn und präsumierter Präsidentschaftskandidat der Demokraten, habe 250.000 Dollars erhalten und bezog noch 50.000 Dollars jährlich. Die anderen Gehaltsbezieher seien der frühere Generalstaatsanwalt Clegg, der Minister des Innern Lane und der Reichsminister Warrenton. Die Reklamation, welche den Beteiligten anweist, die an die Einzelgruppe erlassenen Entschädigungen für unzulässig zu erklären, ist jetzt auch im Repräsentantenhaus angenommen worden und zwar mit allen gegen vier Stimmen. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die neuen Enthüllungen MacDoo zwingen werden, auf seine Präsidentschaftskandidatur zu verzichten.